

Unser Blättle

Magazin des SPD-Ortsvereins Schramberg

Ausgabe 26 - Dezember 2017

Liebe Genossinnen und Genossen,
wie froh waren wir, als Martin Schulz einstimmig zum Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten der SPD gewählt wurde. Doch dann das bittere Wahlergebnis. Der Weg in die Opposition schien die einzig logische Konsequenz zu sein. Doch dann das Scheitern der Jamaika-Sondierungen. Nun soll es die SPD wieder richten. Ebenso wie im Land wurden unsere Arbeit und unsere Erfolge im Bund von den Wählern nicht honoriert. Gehen wir in die Opposition, heißt es „die SPD bleibt im Schmollwinkel“. Gehen wir wieder in eine Groko dürfen wir mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit damit rechnen, bei der nächsten Wahl erneut abgestraft zu werden. Oder gibt es einen erfolgversprechenden dritten Weg? Eines gibt Anlass zur Hoffnung: Am Ende entscheiden die SPD-Mitglieder, wie es weitergehen soll. Mit der schwierigen Frage nach dem richtigen Weg im Bund und vor Ort beschäftigen wir uns in dieser Ausgabe von „Unser Blättle“ ausführlich. Herzliche Grüße und frohe Weihnachten

Euer Mirko

Zukunftsfähige Organisationsformen Seite 3
Matthias Krause über den Erneuerungsprozess der Partei

SPD braucht eine Vision Seite 4
Elke Ringl-Klank im Gespräch mit Franz Baumann

Gute Pflege braucht Zeit Seite 5
Hans-Peter Faisst über den Wandel in der Pflege

Ein Beispiel gelungener Integration

Guiseppe Agosta – ein Schramberger mit sizilianischen Wurzeln



Freundlich, sympathisch, engagiert, pflichtbewusst und integrierend. So kennen wir unseren Guiseppe Agosta. Dabei reichen diese Stichworte kaum aus, um den geborenen Sizilianer und zunächst unfreiwilligen Schramberger zu beschreiben, wie es ihm gebührt. Mirko Witkowski hat mit Guiseppe gesprochen.

Was hast Du seinerzeit gedacht, als Du von Deinen Eltern gehört hast, dass sie mit Dir nach Schramberg wollen?

Mein Gott, ich will nicht nach Schramberg, ich will hier in meiner Heimat bleiben! Aber als Minderjähriger musste ich meinen Eltern folgen.

Als Du dann in Schramberg endlich zuhause warst, haben sich Deine Eltern für eine Rückkehr entschieden. Was hat Dich bewogen, dann doch in Schramberg zu bleiben?

Die Liebe zu meiner Frau Elisabeth!

Was waren für Dich die wichtigsten Erlebnisse und Stationen in Schramberg?



Die ersten Begegnungen mit meinen Landsleuten am Bernecksportplatz beim Fußballspielen auch mit Migranten anderer Nationalitäten. Wie mich die Arbeitskolleginnen und -kollegen bei der Firma Schweizer aufgenommen haben und die Hilfsbereitschaft am Arbeitsplatz trotz Sprachschwierigkeiten.

Dann die Umschulung zum Werkzeugmacher, als einziger Migrant bei 30 Umschülern bekam ich Unterstützung. Weitere wichtige Stationen waren die Wahlen zum Betriebsrat bei der Firma Schweizer, zum Vertreter der Ausländergruppe bei der IG Metall und zum Vorstandsmitglied des italienischen Vereins. Als erster Migrant in Schramberg kandidierte ich für den Gemeinderat. Ich habe im Ausländerbeirat mitgewirkt und wurde vom italienischen Konsulat in Freiburg zum Korrespondenten ernannt. Das Projekt „Zwischen zwei Welten“ habe ich mitgestaltet.

Was führte Dich in die Schramberger SPD?

Zunächst die Gemeinderatskandidatur. Schon früher

war für mich die SPD die Arbeiterpartei. Durch die Gewerkschaft wurde mir noch mehr bewusst, dass die SPD auch die einzige Partei ist, die sich für die Migranten einsetzt.

Was gefällt Dir an Deiner Wahlheimat Schramberg am besten und was vermisst Du, wenn Du an Sizilien denkst?

An Schramberg gefällt mir die Lage, die Struktur der Stadt und alle Stadtteile, auch wenn mir einige Veränderungen zum Teil nicht gefallen. Sizilien ist meine alte Heimat, die ich regelmäßig besuche. Was ich vermisse, sind das Meer und das sonnige Wetter. Aber wenn ich in Sizilien wäre, würde mir der Schnee fehlen.

Was empfehlst Du Migranten, die sich schnell und erfolgreich integrieren wollen?

Zuerst sind die Kontakte am Arbeitsplatz wichtig, vor allem aber auch, die deutsche Sprache zu lernen.

Heute hast Du die italienische und die deutsche Staatsbürgerschaft. Siehst Du dich als Italiener, Deutscher, Europäer Schramberger oder Sizilianer?

Von allem etwas – mehr als Europäer und Schramberger.

(Gekürzte Fassung, das vollständige Interview findet man auf www.spd-schramberg.de)

Nach links oder in die Mitte? - Mutig in die Zukunft!

So schnell können mehr als vier Stunden vergehen, stellte ein Teilnehmer des politischen Nachmittags unseres Ortsvereins am 25. November überrascht fest. Und dabei klang der Arbeitstitel der Veranstaltung „Die SPD als linke Milieu-Partei oder Zukunftspartei“ durchaus sperrig. Aber es ging dabei eben um die spannende Frage, wie sich die „alte Tante SPD“ nach den Misserfolgen der letzten Zeit aufstellen soll.

Kurz nach dem überraschenden Scheitern der Jamaika-Verhandlungen kam man an einer Diskussion darüber, wie unsere Partei am besten ihre Verantwortung für Deutschland erfüllen kann, nicht vorbei. Herbert O. Zinell informierte über die rechtliche Seite, es wurde heftig und durchaus kontrovers diskutiert und immer deutlicher kristallisierte sich heraus, dass Verweigerung nicht der richtige Weg sein kann. Aber ob es nun eine (kleine) „Große Koalition“ oder die Tolerierung einer Minderheitsregierung sein kann, darüber mussten erst Gespräche geführt und die Bedingungen „gecheckt“ werden, war man sich einig. Als am Ende des ersten Teils des Nachmittags ein Stimmungsbild abgefragt wurde, spiegelte sich dies im Ergebnis wider: Niemand war für Neuwahlen, die Tolerierung lag vorne aber der Abstand zur „Gro-Ko“ war nicht groß.

Bis zum Godesberger Pro-

gramm (1959) war die SPD eine Arbeiter- und damit eine linke Milieu-Partei, führte Herbert O. Zinell in seinem Referat aus, aber von da an verstand man sich als Volkspartei, die prinzipiell für Mitglieder aller sozialen Schichten offen ist. Dennoch gab es noch für längere Zeit klar abgegrenzte politische Lager. Noch 1975 war ein Fabrikarbeiter Gewerk-



schaftsmitglied, sprach am Arbeitsplatz über Politik und las eine sozialdemokratische Zeitung. Aber mit dem Wandel der Arbeitswelt schwand das sozialdemokratische Wählerpotential und die SPD ist heute nur noch eine „verzwergte“ Volkspartei. Und nun? Herbert ist sich sicher, dass sich die SPD als Volkspartei mit sozialem Schwerpunkt, als Partei der sozio-ökologischen Marktwirtschaft aufstellen muss, verbunden mit Modernisierungsperspektive und Zukunftsoptimismus.

Genau daran konnte ich

nahtlos anschließen. Ich erinnerte daran, dass die SPD immer dann erfolgreich war, wenn sie nicht für strukturkonservativen Bestandserhalt stand sondern für gesellschaftspolitischen Fortschritt und erinnerte an Willy Brandt, der mit seinem Projekt „Mehr Demokratie wagen“ und seiner Ostpolitik mit Mut und Ausdauer Neuland betrat. Meine

Kernthese war: „Die SPD darf sich nicht als 'Vorschröder-Partei' aufstellen sondern als eine moderne 'Zukunftspartei' mit einer überzeugenden übergreifenden Botschaft.“ Entscheidende Aspekte dieser Botschaft müssen m. E. Dekarbonisierung unserer Wirtschaft, Bekämpfung der Fluchtursachen, Gestaltung der Arbeitswelt im „digitalen Kapitalismus“, Weiterentwicklung Europas und natürlich auch soziale Gerechtigkeit sein. Und ganz wichtig sind Klarheit und Verlässlichkeit.

Die Referate boten genügend Ansatzpunkte für Argumente und Gegenargumente. Ute Graf zeigte sich der Forderung gegenüber, milieübergreifend eine politische Heimat zu bieten, skeptisch, inzwischen spreche jedes Milieu seine eigene Sprache.

Mehrere Teilnehmer kritisierten den typischen „Politicsprech“ und forderten, auch komplexe Zusammenhänge verständlich darzustellen. Ansgar Fehrenbacher konnte nicht verstehen, dass die Erkenntnis „die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer“ sich in der Politik – auch bei der SPD – nicht widerspiegelt. Unverständnis wurde auch daran formuliert, dass bei den Jamaika-Verhandlungen Friedens- und Verteidigungspolitik keine Rolle gespielt hätten. Es war Herbert O. Zinell, der herausstellte, man dürfe nicht nur kurzfristig denken sondern auch Themen angehen, mit denen man nicht gleich Wählerstimmen gewinnt. „Man muss Themen langfristig besetzen!“ Wichtig war auch die Forderung, dass man die Politik zusammen mit den Menschen gestalten muss. Bei einem zweiten Stimmungsbild hatte die Alternative Minderheitsregierung eine Stimme hinzu gewonnen.

Michael Porzelt

Wenn der Wind des Wandels weht

Die SPD steht aktuell vor einem Erneuerungsprozess der auch die Organisationsform umfasst. Zu den dringend zu modernisierenden Parteistrukturen nachfolgend einige, nicht abschließende, Gedanken. Bereits 2001 beschrieb Matthias Machnig treffend, dass sich die SPD schon allein der sinkenden Mitgliederzahl wegen reformieren muss. Ein Altersdurchschnitt von ca. 60 Jahren und ca. 10 % Mitgliederanteil unter 35 Jahren lässt denklogisch Fragen über die Zukunfts-



Referenten des Nachmittags v. l.: Michael Porzelt, Herbert O. Zinell, Mirko Witkowski, Matthias Krause, Philipp Fehrenbacher.

fähigkeit einer Partei wie der SPD aufzukommen. Es liegt auf der Hand. Eine Verjüngung der Partei ist unumgänglich - damals wie heute. Nicht zuletzt deshalb, weil andernfalls dringend erforderliches Knowhow und Kompetenzen kaum gesichert werden können. Man denke hier allein an die Felder: Soziale Medien, Industrie 4.0 und neue Mobilitätsformen.

Wie kann eine solche „Verjüngungskur“ von statten gehen? Zunächst kann hier auf Rotationsysteme bei allen Wahlen verwiesen werden. 25 % aller Ämter könnten sich

in diesem Modus befinden. An ein Stimmquorum in Abhängigkeit der Häufigkeit der Wiederwahl könnte gedacht werden. Dies würde auch dringend benötigte Quereinsteiger motivieren, sich für Parteiarbeit zu begeistern. Wer lässt sich heute noch freiwillig auf einen

„Karriereleiter-Zwang“, bezogen auf Listenplätze ein? Dies hätte gewiss eine Attraktivitätssteigerung der Partei zur Folge. Nur eine Partei, die offen ist für ein Engagement aller Menschen in allen Lebenslagen und in jeglicher Form, kann sich guten Gewissens als gesund und überlebensfähig bezeichnen.

Damit kommt man auch schon zu einer notwendigen Anpassung der Mitgliedschaftsformate an die heutige, von Flexibilität und Mobilität geprägte Zeit. Nach dem Motto Qualität der Mitgliedschaft vor Quantität

der Mitgliedschaft, sollten als Grundvoraussetzungen für eine Mitgliedschaft weiter bestehen, aber dringend ergänzt werden durch Gewährleistung von Zeitsouveränität, ortsungebundenen Engagementmöglichkeiten und einer effektiveren Parteiarbeit. Dies würde nicht

nur Ressourcen freierwerden lassen, sondern auch die Attraktivität für junge Menschen steigern. Mögliche Mitgliedschaftsformen wären: virtuelle (Themenforen SPD++), themenspezifische Projekt - Mitgliedschaften u.v.m. Letztlich führt auch an der aktiven Einbindung von Nichtmitgliedern in die Parteiarbeit kein Weg vorbei. Die Zukunft von Parteien und der Politik liegt darin, Politik mit allen Menschen zu machen und nicht nur für die Menschen.

Für ihre Zukunftsfähigkeit muss sich die SPD im Lichte der Entwick-

lung von Medien- und Netzwerkgesellschaft, in diesen Prozess einfügen. Konkret bedeutet dies, eine Netzwerkpartei zu werden. AGen als Ansatz gibt es in der SPD bereits seit 1958. In die heutige Zeit übersetzt, bedeutet die Netzwerkpartei aber folgendes: Wissen, Ideen, Dienstleistungen, Kontakte,

Abstimmungsinstrumente und die Expertise von über 400.000 Mitgliedern in ihrer ganzen Bandbreite werden für alle gebündelt. Die Technik liegt im Zeitalter des Internets auf dem Präsentierteller. Eine SPD-App ist insofern überfällig. Dies

ist ein Weg, die SPD zu einem zukunftsfähigen Netzwerk zu machen und die Netzwerke der Mitglieder anzubinden. Dabei dürfen Netzwerke aber nicht als Einbahnstraße verstanden werden. Netzwerke können das Ohr in der Gesellschaft sein! Bei allen Vorzügen sind Internet und Smartphone jedoch immer nur als ein Instrument der Kommunikation von vielen zu verstehen! Die Gedanken und Vorschläge könnten sich weiter fortführen lassen. Wichtiger ist aber: Packen wir es auch an! Im Wind des Wandels sollten wir Windmühlen bauen, keine Mauern!

Matthias Krause

Franz Baumann - die SPD braucht eine Vision

1953 in Schramberg geboren, ist ehemaliger UNO-Beamter, der bis Ende 2015 als Beigeordneter Generalsekretär sowie Sonderbeauftragter für Umweltfragen und Friedensmissionen der UN tätig war. Er ist seit 38 Jahren Mitglied der SPD im Ortsverein Schramberg. Mit seiner Familie lebt Franz Baumann zur Zeit in New York.

Blättle-Gespräch mit Elke Ringl-Klank zum Zustand und zur Zukunft der SPD

Was sollte die SPD sein?

Unsere SPD ist als säkulare Arbeiterpartei entstanden, deren Hauptanliegen die Verbesserung der sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft war. Diese historische Aufgabe – die nie erledigte Zivilisierung des Raubtierkapitalismus – hat die Partei großartig erfüllt, zum Teil durch eigene Anstrengung, aber auch weil die Errungenschaften inzwischen Allgemeingut geworden sind, selbst in konservativen und liberalen Kreisen. Darauf kann man stolz sein kann, aber es führt nicht aus dem 20 Prozent Ghetto heraus.

In einer Zeit, in der alles globaler, integrierter und komplexer wird, aber die Tendenz zum Nationalen, Egoistischen und Vereinfachenden allerorten zunimmt, sollte die SPD die Partei der weltumspannenden und zukunftsorientierten Vernunft sein. Der Bezugsrahmen einer modernen deutschen sozialdemokratischen Partei muss natürlich europäisch sein; aber es ist genau so wichtig, dass er mutig global ist.

Wie stellt sich die SPD aus der Ferne dar?

Ich verfolge die Schrumpfung der SPD mehr mit Besorgnis als mit Überraschung. In den letzten dreißig Jahren hat unsere Partei fast die Hälfte ihrer Wähler

und weit mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Leider sehe ich wenig, was den Genssen Trend umkehren könnte.

Die SPD ist bürokratisch, müde, behäbig, kompromisslerisch und verschwommen geworden.

Warum fordert die SPD z.B. keine Fossilsteuer, aber befürwortet andererseits 36 Milliarden jährlich an Subventionen für den Verbrauch fossiler Brennstoffe (unter anderem 570 Millionen für Inlandsflüge), oder weiterhin den Export von Waffen?

Natürlich braucht es eine soziale Abfederung für die Braunkohle-Arbeiter ebenso für die Opel-Werker und die Tengelmann und Schlecker-Verkäuferinnen, aber Sozialpläne sind ja keine durchdachten Zukunftsentwürfe. Die SPD kungelt mit den VW Gaunern, um kurzfristig Arbeitsplätze

zu verteidigen. Bloß werden viele von diesen im nächsten Jahrzehnt sowie so wegfallen McKinsey schätzt das heutige Automatisierungspotential in Deutschland auf fast 50 Prozent der bestehenden Tätigkeiten. Um das nicht zur Katastrophe ausarten zu lassen, wird es mehr brauchen als soziale Abfederung. Wie soll Deutsch-



land, Europa und die Welt in zehn, zwanzig oder fünfzig Jahren aussehen? Was muss heute in die Wege geleitet werden, damit diese Zukunft lebenswert sein wird?

Wie hast Du den Bundestagswahlkampf wahrgenommen angesichts dieser rasanten Veränderungen und Herausforderungen?

Den letzten Bundestagswahlkampf habe ich nur aus den Augenwinkeln verfolgt, aber um was es da ging kam mir eher randständig, kleinteilig und leidenschaftslos vor. Die SPD artikulierte einmal grandios Zukunftsthemen, beispielsweise Willy Brandt 1969 („Mehr

Demokratie wagen“) oder Helmut Schmidt 1976 („Modell Deutschland“). Das waren selbstbewusste, nach vorne schauende Programme, ideologisch grundiert, historisch verantwortungsvoll und politisch mutig konzipiert. Und heute? Lasche Formelkompromisse beispielsweise zur Rente oder zu Kita Plätzen, damit der Wähler bei der Stange bleibt? Zum Schluss verliert man alle und landet bei 20 Prozent.

Also, was sind denn die neuen Herausforderungen?

Natürlich gibt es sozial in Deutschland noch einiges zu tun. Mindestlohn, Rente, Armut, Chancengerechtigkeit, Integration usw. Aber die Probleme der Zukunft sind erstens der Klimawandel und die fortschreitende Umweltkatastrophe, zweitens die Digitalisierung & künstliche Intelligenz, welche die Arbeitswelt grundlegend umkrepeln werden und, drittens, Afrika. Dass all dies nur auf europäischer und dann globaler Ebene gelöst werden kann kommt viertens hinzu.

Die SPD muss sich als Partei der linken Mitte glaubwürdig für das 21. Jahrhundert positionieren. Dafür braucht sie eine klare, zusammenhängende und begeisternde Vision – dazu glaubhaft die Kraft, sie durchsetzen zu wollen und können. Es gibt viel zu tun. Packen wir es an.

Bei der Pflege noch Vieles verbesserungsbedürftig

In den letzten Jahren wurden durch die Pflegestärkungsgesetze der Großen Koalition sowohl in der ambulanten als auch der stationären Pflege viele positive Veränderungen bewirkt. Die Überführung der bisherigen 3 Pflegestufen in nunmehr 5 Pflegegrade erlaubt nun eine deutlich differenziertere Bewertung. Der neu eingeführte Pflegebedürftigkeitsbegriff bedeutet eine Abkehr von der bisher rein somatischen Betrachtung mit minutiöser Festlegung der notwendigen Handreichungen. Nunmehr bestimmt in erster Linie der Grad der Selbständigkeit des Pflegebedürftigen, welche Bedarfe bei ihm bestehen; insbesondere erfahren für die Pflege-Einstufung vor allem die kognitiven (Demenz) und psychischen Einschränkungen verstärkte Berücksichtigung.

Deutlich verbessert wurden seit dem 1.1.2017 auch die Geld- und Sachleistungen der Pflegekasse, sowohl bei einem Heimaufenthalt, als auch bei der häuslichen Pflege durch Angehörige. Allerdings ist die finanzielle Entschädigung pflegender Angehöriger durch die Pflegekasse nach wie vor deutlich geringer als die reinen Pflegekosten in einer stationären Einrichtung. Hier muss die Politik deutlich nachbessern, wenn sie den selbst formulierten Anspruch ambulant vor stationär ernst nimmt. So sollten pflegende Angehörige einen höheren Anspruch in Form einer Lohnersatzleistung

bekommen, wenn sie wegen der Pflege ihre berufliche Tätigkeit ganz oder teilweise aufgeben. Diese Zeit sollte auch in vollem Umfang auf die Altersrente angerechnet werden.

Wichtig wäre, dass die Leistungen der Pflegekasse künftig regelmäßiger an die gestiegenen Kosten angepasst werden (Dynamisie-



rung), damit die finanzielle Belastung der zu Pflegenden bzw. der Angehörigen nicht von Jahr zu Jahr größer wird.

Generell bedarf es jedoch einer gesamtgesellschaftlich besseren Anerkennung des Pflegeberufs, der allgemein als besonders anspruchsvoll und belastend gilt.

Dazu gehört zum einen eine bessere Bezahlung mit der Einführung eines einheitlichen, flächendeckenden, allgemeinverbindlichen Tarifvertrags „Pflege“.

(Durchschnittseinkommen 2015 der Pflegekraft im Krankenhaus Brutto 2 450 Euro, in der Altenpflege 2188 Euro).

Der Wettbewerb um Pflegekräfte sollte nicht länger über die Bezahlung stattfinden, sondern über die Qualität der Pflege. Dazu kommen müssen Veränderungen bei den Arbeitsbedingungen, vor allem zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch der Personalschlüssel sowohl für den Tages- als auch für den Nachtdienst

muss erhöht werden, damit das Pflegepersonal wieder mehr Zeit für persönliche Hinwendung bekommt. Das wäre Ländersache ! Außerdem wäre der Abbau einer überbordenden Dokumentations-Bürokratie dringend notwendig.

Unverständlich ist derzeit auch die Tatsache, dass bei stationärem Aufenthalt in einer Pflegeeinrichtung die medizinische Behandlungspflege nicht von der Krankenkasse bezahlt wird sondern über die Pflegesätze finanziert werden muss, obwohl auch die zu Pflegenden nach wie vor ihren Krankenversicherungsbeitrag zahlen. Und warum zahlt eigentlich die Pflege-

kasse nur einen Zuschuss zu den Kosten der Pflege (Teilkaskosystem) und nicht die gesamten Kosten? (natürlich ohne Unterkunft und Verpflegung)

Alles kostet natürlich Geld und wahrscheinlich auch einen etwas höheren Beitrag zur Pflegeversicherung als bisher (Arbeitnehmeranteil 1,775 %, Ledige 2,025 %). Aber das Verständnis in der Bevölkerung dafür, bei deutlich verbesserten Leistungen wie beschrieben, ist bestimmt vorhanden (statistisch haben bereits über 50 % der Bevölkerung im Alter von über 40 Jahren in ihrem persönlichen Umfeld Erfahrungen mit Sorge und Pflege gesammelt).

Deshalb wäre es an der Zeit, dass die Pflege im Zuge des demografischen Wandels als Gemeinschaftsaufgabe gesehen und anerkannt wird.

Eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, auch Beamte und Selbständige, ist längst überfällig. Es sollten dabei alle Einkommensarten (z.B. auch Mieteinnahmen, Kapitalerträge) mit einbezogen werden, um eine solide, auskömmliche und solidarische Finanzgrundlage sowohl für die Kranken- als auch für die Pflegeversicherung zu schaffen.

Die SPD - vor allem auf der kommunalen Ebene - sollte dieses Thema permanent auf der Agenda haben - nicht erst wieder vor der nächsten Bundestagswahl !

Gehen wir mit wehenden Fahnen unter oder retten wir, was zu retten ist?

Von der inneren Zerrissenheit eines Gemeinderats

War das vergleichsweise einfach, als Vorsitzender der örtlichen SPD die Umsetzung der reinen sozialdemokratischen Lehre einzufordern. Einzige Bedingung: Man muss die sozialdemokratische Programmatik kennen und wissen was deren Kernpunkte sind. Wenn man bereit ist, sich einzuarbeiten und hierfür überdurchschnittlich viel zu lesen, alles kein Problem. Doch dann kommt der Tag des Einzugs in den Gemeinderat. Anfangs einarbeiten, das Wissen der länger gedienten Fraktionskollegen nutzen und – man kennt sich ja noch nicht so genau aus - bei schwierigen Themen sich einfach mal der Stimme enthalten.

Doch irgendwann ist Schluss mit der Komfortzone. Dann heißt es von Fall zu Fall entscheiden, ob man bei der reinen Lehre bleibt und die Abstimmung deshalb lieber verliert oder ob man sich auf einen Kompromiss, einen Deal, einlässt. Da steht man nun, weiß zum Beispiel, dass man im Interesse der Schülerinnen und Schüler den Verbund aus Realschule und Gemeinschaftsschule erhalten will. Auch ist man selber absolut davon überzeugt, dass kein Weg daran vorbei führt, den

Sulgen als neuen Standort zu wählen.

Aber da sind die bekannten Mehrheitsverhältnisse



im Gemeinderat. Und die Gespräche mit den Vertretern der anderen politischen Gruppierungen zeigen, dass von den insgesamt 28 stimmberechtigten Mitgliedern des Gemeinderats nur SPD, Buntspechte, ÖDP plus einzelne Mitglieder der Freien Liste (zusammen maximal 12 oder 13 Stimmen) für den Standort Sulgen stimmen werden. Auch für den Fortbestand des Schulverbunds ist die Mehrheit wackelig. Sicher sind nur SPD/Buntspecht, ÖDP, ein Teil der Freien Liste und ein einziger CDU-Gemeinderat. Auch das wird verdammt knapp. Zumal: Es gibt bereits einen Mehrheitsbeschluss des Gemeinderats (CDU und Freie Liste), dass die Realschule gestärkt werden soll. Zwar sagt das niemand laut, aber die Gemeinschaftsschule spielt für CDU und Freie Liste zu diesem

Zeitpunkt bereits keine Rolle mehr.

Doch dann am 20. Juli 2017 schafft es unsere

Fraktionsvorsitzende Tanja Witkowski mit einem gründlich vorbereiteten flammenden Appell für den Schulverbund zumindest eine Vertagung zu erreichen und sorgt so für Bedenkzeit, die dann auch von allen genutzt wird. Plötzlich können sich nach der Sommerpause die Sprecher von CDU und Freier Liste im Verwaltungsausschuss vorstellen, für die Gemeinschaftsschule zu stimmen – allerdings ohne Abstimmung mit der jeweils eigenen Fraktion. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Bei der eigenen reinen Lehre bleiben und riskieren, alles (Gemeinschaftsschule und Sulgen) zu verlieren oder in Gesprächen zu versuchen, das zu retten, was zu retten ist. Anders ausgedrückt: Sich selber treu bleiben und mit wehenden Fahnen untergehen oder sich im Sinne des wichtigeren Ziels (Erhalt

der Gemeinschaftsschule) die Hände schmutzig machen – ja, einen Deal eingehen.

Und so kommt es zu Gesprächen. Dabei wird schnell klar, wo die Grenzen für die anderen sind, die eigenen Grenzen kennen wir ja. Unser wichtigstes Ziel ist es, die Gemeinschaftsschule und damit den Schulverbund zu erhalten. Knapp dahinter steht für uns der Standort Sulgen mit all seinen Vorteilen. Für CDU und die Mehrheit der Freien Liste ist der Standort Talstadt das wichtigste Ziel. Eine gestärkte Realschule folgt knapp dahinter auf dem zweiten Platz. Also, was tun? Wenn jeder auf seine zweitwichtigste aber dennoch bedeutende Forderung verzichtet, stimmen die jeweils anderen beim jeweils wichtigsten Punkt der anderen Seite zu. Sprich: Die anderen Stimmen für den Schulverbund, wenn wir für den Standort Talstadt stimmen.

Die Absprache hält, unser wichtigstes Ziel ist erreicht. Dennoch bleiben Zweifel daran, ob die getroffene Entscheidung tatsächlich richtig war. Aber es bleibt auch die Hoffnung, dass die getroffene Entscheidung durch die weitere Entwicklung bestätigt wird.

Persönliches aus dem Ortsverein

Ehrungen

Drei unserer Mitglieder sind vor 40 Jahren in die SPD eingetreten. **Astrid Ertl-Günnewig** war als Beisitzerin im Ortsvereinsvorstand aktiv. **Sylvia Joos** kam mit der Zusammenlegung der Ortsvereine Schramberg und Aichhalden zu uns. Die Gewerbeschullehrerin ist bürgerschaftlich engagiert und leitet in ihrem Heimatort die Theatergruppe. **Rolf Martin** gehörte als Kassierer zu den Stützen des OV Aichhalden und war viele Jahre Kreisdelegierter.

Ute Graf ist seit 25 Jahren SPD-Mitglied. Im Ortsverein ist sie Schriftführerin, seit dem 23. März ist sie Mitglied unserer Gemeinderatsfraktion.



Willy-Brandt-Medaille an Werner Klank

Zusammen mit Mirko Witkowski konnte Dr. Herbert O. Zinell bei der Jahreshauptversammlung **Werner Klank** die Willy-Brandt-Medaille überreichen. In seiner Laudatio beschrieb er, wie man in der gemeinsamen Zeit als Jusos regelmäßig das „Kommunistische Manifest“ und die „Marxistischen Lehrbriefe“ durchgearbeitet habe. Zinell beschrieb Werner, der 1970 in die SPD eingetreten ist, als Menschen, der auch heute noch zu den „streitbaren Geistern“ unseres Ortsverein zählt und sich in überragender Weise engagiert hat. Werner war von 1980 bis 2004 Gemeinderat, anschließend noch einmal 10 Jahre lang Kreisrat. Im Ortsverein übernahm Werner die unterschiedlichsten Ämter. Er war mehrere Jahre Vorsitzender und bis zur letzten Hauptversammlung Schriftführer. Als Mitglied des Kreisvorstandes, Kreisdelegierter und als Delegierter bei Landesparteitagen engagiert sich Werner nach wie vor. Wir gratulieren ihm herzlich zum „Bundesverdienstkreuz der SPD“.

Wechsel in der Gemeinderatsfraktion

Nach zwölfeinhalb Jahren im Schramberger Gemeinderat schied **Renate Much** auf eigenen Wunsch am 23. März aus dem Gemeinderat aus. Nachfolgerin wurde **Ute Graf**.

Die Gründe für Renates Ausscheiden liegen im beruflichen und privaten Bereich. Zum einen hat sie eine Vollzeitstelle in Lossburg angenommen. Sie arbeitet dort im Bereich Suchtkranke und muss nun viel Zeit für Fahrt und inhaltliche Weiterbildung investieren. Ja und dann sind da noch zwei Enkel, die in Wien und Portugal leben, für die sie einfach mehr Zeit haben will.

Obwohl sie die Arbeit im Rat als arbeitsintensiv und verantwortungsvoll empfand, beschreibt sie die Zeit auch als lehrreich und bereichernd, denn sie konnte die Stadt, viele Vereine und bürgerschaftlich engagierte Leute kennen und schätzen lernen. Auch



wenn manche Anträge aus der SPD-/Buntspechtfraktion keine Mehrheiten gefunden habe, wurde ihres Erachtens einiges erreicht, beispielsweise auf dem Gebiet der Familienhilfe und bei der Entwicklung Schrambergs zur „beispielbaren Stadt“. Durchaus stolz ist sie darauf, dass der Name des Hallenbades „Batschnass“ auf eine Idee von ihr und ihrem Lebensgefährten zurückgeht.

Renates Nachfolgerin in der Fraktion ist Ute Graf, die im Ortsvereinsvorstand Schriftführerin ist. Die Diplomtheologin arbeitet bei der Stiftung St. Franziskus in Heiligenbrunn. Sei betrachtet es als ehrenvolle Aufgabe, sich für die Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzen zu dürfen. Und eine Erfahrung hat sie schon gemacht: In der

Opposition braucht man viel Geduld, Humor und verdammt gute Argumente.“

Persönliches aus dem Ortsverein

Bundesverdienstkreuz für Ilse und Albert Bäumer

Mehr als drei Jahrzehnte haben Ilse und Albert Bäumer die Haiti-Hilfe Schramberg geprägt. Für ihr herausragendes Engagement als Gründer und langjährige Vorsitzende wurden sie im Januar in der Villa Reitzenstein in Stuttgart von Staatsrätin Gisela Erler mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Zur Ordensverleihung wurden sie von ihrer Familie, langjährigen Freunden und Helfern begleitet. Auch von unserem Ortsverein, dessen engagierte Mitglieder sowohl Ilse als auch Albert sind, waren unter anderem der Vorsitzende Mirko Witkowski und Herbert O. Zinell dabei. Ausschlaggebend für die Gründung des Vereins war vor 36 Jahren der Besuch eines jungen Haitianers bei der Familie, der von seiner Not in seinem Heimatdorf Palmari berichtete. Inzwischen betreut der Verein über 600 Patenschaften und ebenso viele Spender und unterstützt eine ganze Reihe von Projekten, beispielsweise den Bau von Schulen und Zisternen.

Auch das kommunalpolitische Engagement Albert Bäumers war außergewöhnlich. Er gehörte dem Kreistag und dem Gemeinderat an und er war Vorsitzender unseres Ortsvereins.



Wir gratulieren

unserem ältesten Mitglied, Ursula Falkner zum 96.

Hans Uhse zum 86.

Robert Abt zum 84.

Reinhard Großmann zum 83.

Harald Frommer zum 81.

Hans Hekler zum 80.

Gratulation zu „runden“ unter 80:

zum 75.: Albert Bäumer, Peter Kopp

zum 70.: Guiseppa Agosta, Michael Porzelt, Hans Jörg Fahrner, Irene Börner

zum 65.: Ingo Sahlmann, Rolf Martin, Krystyna Saurer

zum 60.: Silvia Joos

zum 55.: Diana Fiesel, Thomas King, Reiner Lehmann

zum 50.: Dieter Möller, Michael Knecht

zum 40.: Stefan Dilger

zum 35.: David Klank, Jens Badke

zum 30.: (Ende Dezember): Efe Ural

Wir trauern

Am 26. Januar dieses Jahres verstarb **Otto Buck** im Alter von 94 Jahren. Otto war seit dem 1. Au-



gust 1955 SPD-Mitglied und wurde 2015 für seine 60-jährige Mitgliedschaft geehrt. Er war ein Mensch, der sich immer tatkräftig in der Partei engagierte. Er war Mitglied des OV-Vorstands, kandidierte für den Gemeinderat und war viele Jahre Kreisdelegierter. Es machte Spaß mit ihm, über politische Fragen zu diskutieren, denn er war immer in der Lage, „über den Tellerrand hinaus“ zu denken. Dass Otto auch in der Gewerkschaft und im Mieterverein aktiv war, verstand sich für ihn von selbst.

Neueintritte

Im Laufe des Jahres hat die SPD viele neue Mitglieder gewonnen, die unsere Partei bei ihrer inhaltlichen, personellen und organisatorischen Neuausrichtung unterstützen wollen. Beim OV Schramberg gab es vier Neueintritte:

Burkhardt Rudolph, Hardt, 66 Jahre

Dr. Thomas Schmidt, Waldmössingen, 42 Jahre

Sigurd Link, Schramberg, 34 Jahre

Dominique Gennaro, Schramberg, 25 Jahre



Die Jahresabschlusswanderung unseres Ortsvereins führte in diesem Jahr in die Region Freiburg. Vom Startpunkt Freiburg-Merzhausen aus wanderte die Gruppe zweieinhalb Stunden lang eine Strecke, auf der das eine oder andere steilere Wegstück zu bewältigen war. Auf direktem Weg ging es weiter ins Vauban-Viertel, wo man vom Freiburger SPD-Mitglied Hans Steiner begrüßt wurde. Da er selbst in diesem nach ökologischen Gesichtspunkten gestalteten Viertel wohnt, konnte er die Besonderheiten des Wohnbezirks besonders lebendig schildern.